



## FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDS.  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SCHWEDISCH; HOLLÄNDISCH, SPANISCH UND IN ESPERANTO

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 1  
9. Jahrgang

6. Januar 1941

Weshalb Hitler Kriege führt

(ITF) Um ein Haar wäre es im Herbst 1938 zu einem Krieg um das Sudetengebiet gekommen. Der deutsche Propaganda-Apparat behauptete, dass die sudetendeutschen Arbeiter und Bauern schlechter gestellt seien als die tschechischen Arbeiter und Bauern. Diesen Schimpf könne er nicht dulden, erklärte Hitler, er müsse deshalb das Sudetengebiet befreien. Unter dem Druck von London und Paris mussten die tschechoslowakischen Truppen das befestigte Sudetengebiet räumen und Hitler den Weg nach Prag öffnen. Anfang Oktober 1938 rückten deutsche Truppen als "Befreier" ein. Sofort begann die Verschleppung sudetendeutscher Arbeiter zur Zwangsarbeit im Reich. Die Preise wurden rasch dem höheren deutschen Preisstand angeglichen. Den Arbeitern, den Bauern, den Rentenempfängern wurden zwar ausreichende Teuerungszulagen versprochen, doch das Versprechen wurde nicht gehalten. Die Preise im Sudetengebiet entsprechen heute ungefähr den Preisen in den angrenzenden Gebieten des Reichs, seit dem 1. Januar 1940 wird die Lohnsteuer voll erhoben, die Löhne aber sind heute noch wesentlich niedriger als im Reich. "In der Angleichung der Löhne und Lebenshaltungskosten an den Stand des übrigen Reichsgebiets ist die Angleichung der Einkommen durch den Krieg wesentlich gebremst worden", gibt heute Henlein, Hitlers Statthalter im Sudetengebiet, zu. Teuerungszulagen wurden verboten.

In den Regierungsbezirken Aussig und Eger sind die Textilarbeiterlöhne so niedrig, dass sich sogar Textilindustrielle für Teuerungszulagen einsetzen. Im Braunkohlenbergbau murren die Schichtlöhner über die niedrigen Verdienste. Die Landarbeiter verlangen Teuerungszulagen.

Die 52.000 "staatlichen Ruheständler" erhalten 1 1/2 Jahre nach der sogenannten "Befreiung" noch immer niedrigere Pensionen als im Reich. Die Familien der für Hitlers Krieg eingezogenen sudetendeutschen Soldaten erhalten geringere Unterstützung als die Familien reichsdeutscher Soldaten.

In einer Rede vor sudetendeutschen Industriellen hat Henlein, der Gauleiter Hitlers, alles das zugegeben. Der deutsche Propaganda-Apparat aber schweigt diese Rede tot. Die Nazis wollen nicht, dass die Welt erfährt, dass Hitler die Sudetendeutschen nur "befreite", um ihr Land als Aufmarschgebiet gegen Prag zu missbrauchen und sie als billige Arbeitsklaven seiner Kriegsmaschine auszubeuten.

(Für die Red.: Henlein-Rede vom 23.XI.40.)

Hitlers Sklavenstaat

(ITF) Die deutschen Arbeiter werden von den Nazis mit der gleichen Brutalität ausgebeutet wie die Arbeiter der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete Europas. Mit gleicher Rücksichtslosigkeit verschleppen die Nazis Arbeiter aus Holland und aus Oesterreich, aus Dänemark und aus dem Sudetengebiet, aus dem "Protektorat" und aus Süddeutschland und den deutschen Hafenstädten. Nur Polen und Juden werden noch grausamer behandelt als die Arbeiter der anderen unter Hakenkreuzherrschaft leidenden Ländern Europas.

Von 1 Million dänischer Arbeiter wurden 25.000 nach Deutschland verschleppt, von 2,2 Millionen holländischer Arbeiter 80.000, von den 1,4 Millionen sudetendeutschen Arbeiter wurden, wie Hitlers Statthalter Henlein jetzt mitteilt, "Hunderttausende" nach Deutschland transportiert. Herr Henlein gibt nicht an, ob 300.000, 400.000 oder gar 500.000 aus ihrer Heimat gejagt wurden. Aber schon die Verschleppung von 300.000 sudetendeutschen Arbeitern bedeutet, dass jeder fünfte

sudetendeutsche Arbeiter zur Zwangsarbeit deportiert wurde. Keiner dieser Arbeiter darf in seine Heimat zurückkehren. Auch als jetzt mehr als 30.000 vor den englischen Bombern fliehende Reichsdeutsche im Sudetengebiet ihr Unterkommen fanden, während gleichzeitig Hunderttausende sudetendeutsche Arbeiter weiter in der Luftkriegszone arbeiten müssen, hat Henlein den empörten Sudetendeutschen nur mitteilen lassen, dass Berlin auf weitere Massendeportationen verzichte, "Ich habe vom Reichsarbeitsminister die Zusage erhalten, dass künftig (!) ein Abzug von Arbeitskräften aus dem Gau nunmehr in den allerdringendsten Fällen vorgenommen wird." Die bereits Verschickten müssen bis auf weiteres in Deutschland bleiben.

Als Hitler im Oktober 1938 deutsche Truppen ins Sudetengebiet einrücken liess, hat er die Sudetendeutschen zu Zwangsarbeitern seiner Kriegsmaschine gemacht.

Die österreichischen Arbeiter haben die gleiche bittere Erfahrung machen müssen wie die sudetendeutschen. Aus der Steiermark hat Hitler Mitte 1939 Tausende Arbeiter zur Zwangsarbeit nach Deutschland transportieren lassen. Arbeiter, die sich gegen die Verschleppung wehrten, wurden ins Gefängnis geworfen. Jetzt werden zehntausend Südtiroler, aus der Bukovina geholt deutsche Bauern und Arbeiter in der Steiermark untergebracht. Für sie gibt es dort Verpflegung und Unterkunft, z.T. Existenzmöglichkeit, die nach Deutschland verschleppten steirischen Arbeiter aber müssen an ihrem Zwangsarbeitsplatz bleiben. Nur kleine Trupps Zwangsarbeiter durften in der Weihnachtswoche in die Heimat zurück.

Auch Wiener Arbeiter dürfen nicht in ihre Heimat zurückkehren. Die Bitten der Frauen, die Proteste der Arbeiter waren erfolglos. Nicht einmal die Industriellen konnten für Kriegsbetriebe benötigte Arbeiter zurückerhalten. Denn die deutschen Kriegslieferanten wollen die österreichischen Industriellen nicht am Krieg mitverdienen lassen. Erst seitdem die englischen Bomber zur Verlagerung eines grossen Teils der deutschen Kriegsproduktion nach Oesterreich zwangen, bemühen sich die Wiener Nazistellen darum, "aus Wien abgezogene Arbeitskräfte zumindest soweit zurückzuholen, soweit sie hier (in Wien) für kriegswichtige Produktion eingesetzt werden". Arbeiter für Hitlers Krieg/<sup>un</sup>wichtige Berufe dürfen nicht nach Wien zurück.

Und genau so wie die sudetendeutschen und österreichischen Arbeiter werden seit Jahren reichsdeutsche Arbeiter aus einer Ecke Deutschlands in die andere transportiert, nicht erst in Kriegszeiten, sondern schon lange vorher, in den Jahren des Nazi-"Friedens". Führende Nazis kündigen bereits an, dass dieses System der Arbeitssklaverei bestehen bleiben soll, falls es dem Hitlersystem gelingen sollte, diesen Krieg zu überdauern.

Die Arbeitssklaverei verschwindet in Europa nur mit der Zerschlagung der Hakenkreuzherrschaft.

(Für die Red.: Rede Henleins in Reichenberg vom 23.XI.; Rede des Wirtschaftsberaters der Gauleitung Wien, Ende November 1940.)

### Sozialreaktion im Schatten des Hakenkreuzes

#### Pétain will die französischen Gewerkschaften auflösen

schaften hat die Pétain-Regierung vorläufig noch das Weiterarbeiten erlaubt. An einigen Orten haben die Polizeibehörden jedoch auch den vorläufig noch geduldeten Gewerkschaftsorganisationen das Einberufen von Gewerkschaftsversammlungen untersagt. Vichy's Innenminister hat daher in einem von ihm und dem Arbeitsminister unterzeichneten Rundschreiben den Provinzbehörden mitgeteilt, dass den noch existierenden Gewerkschaftsorganisationen Versammlungen zu erlauben seien. Aber er tröstet die Reaktionäre: sobald das neue Arbeitsgesetz verkündet und in Kraft getreten sei, würden die heutigen Gewerkschaften verschwinden.

(Für die Red.: Rundschreiben vom 23.XII.40.)

#### Besitzbürger beherrschen die Gemeinden Frankreichs

ster, sein Stellvertreter und Gemeindevertreter nicht mehr gewählt werden sondern von den Behörden ernannt. Aber nur Wohlsituierte kommen noch für diese Aemter in Betracht. Wer so wenig verdient, dass er keine Steuern zu zahlen braucht oder wer auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist, darf nicht zum Gemeindevertreter ernannt werden. Die grosse Masse der niedrig entlohnten Arbeiter, der Kurzarbeiter und der Erwerbslosen wird also in den französischen Gemeindeverwaltungen nicht mehr vertreten sein.

(ITF) Die Landeszentralen der französischen Gewerkschaftsverbände sind aufgelöst, aber den Ortsgruppen, Fachverbänden und Provinzkartellen der Gewerk-

(ITF) Die Pétain-Regierung hat die Gemeindeverwaltungen den Besitzbürgern ausgeliefert. In den städtischen Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern werden künftig Bürgermei-

In den Landgemeinden dürfen die Gemeindevertretungen vorläufig noch gewählt werden, aber Kleinbauern und Landarbeiter, die zu wenig verdienen, um Steuern zu zahlen oder auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, sind nicht wählbar. In den Gemeindevertretungen bleiben die Grossbauern hübsch unter sich.

(Für die Red.: "Journal Officiel", 12.VII.40.)

### "Herrenvolk"-Rationen in Frankreich

(ITF) Franzosen sollen mit den ihnen von den deutschen Besatzungsbehörden zugemessenen knappen Lebensmittelrationen leben. Deutsche Soldaten erhalten Zusatzrationen. Hitlers Militärbe-

fehlhaber in Frankreich hat an deutsche Offiziere und Soldaten Zusatzkarten für Zucker, Fett und Fleisch ausgegeben.

### Antifaschismus ist nicht tot zu kriegen

(ITF) Der Sekretär der italienischen faschistischen Partei Serena hat die Parteisekretäre der norditalienischen Provinzen zu einer Konferenz nach Bologna zusammengerufen.

Er gab Richtlinien für sie so bitter nötige Durchhaltepropaganda und sprach davon, dass die Faschisten, wenn nötig "mit unerbittlicher Energie" alle "Ueberreste" antifaschistischer Kritik unterdrücken würden...

Ueberreste, die nach siebzehnjähriger faschistischer Herrschaft noch gefährlich erscheinen, müssen allerdings noch sehr lebendig sein.

(Für die Red.: Vortrag vom 15.XII.40.)

### Bericht aus Rom

(ITF) Schon früh am Morgen drängen sich in Rom Frauen vor den Ladentüren. Sie kommen so

früh, weil sie wissen, dass viele Lebensmittel hintenherum an gute Kunden verschoben werden, sodass man häufig die dem Einzelnen zustehenden Rationen nicht erhalten kann. Olivenöl, Spaghetti und Seife sind immer wieder ausverkauft, bevor alle Kunden bedient wurden, sie sich vor dem Laden drängen. Wenn Arbeiterinnen nach der Arbeit zum Einkaufen kommen, gibt es nichts mehr. Oft kann man zwei bis drei Tage hintereinander weder Oel noch Spaghetti erhalten. - Vor Kohlenhandlungen stehen Schlangen, um etwas Holzkohle zu ergattern.

(Für die Red.: Der Bericht stammt aus der zweiten Dezemberhälfte.)

### Widerstand in Norwegen

(ITF) Norwegen muss auf deutschen Befehl nachts alles Licht abblenden. Nazigegner nutzen die Verdunkelung. Nacht für Nacht werden in den Strassen der sudnorwegischen Industriestädte norwegische Nazis verprügelt.

Die norwegischen Nazibehörden lassen durch grosse Plakate die Arbeiter auffordern, Arbeit in Deutschland anzunehmen. In den dunklen Nächten wurden die Plakate immer wieder abgerissen oder mit Aufrufen gegen die Quisling-Nazis überklebt. Die norwegischen Nazis lassen durch ihre SA, die Hird, die Plakate bewachen. In Bergen, Trondhjem, Christiansand, Frederikstad, Narvik, Hamar und einigen anderen Industriestädten kam es zu nächtlichen Strassengefechten zwischen diesen SA-Wachen und Arbeitern, die keine Propaganda für die Deportation nach Deutschland dulden wollen.

Die norwegischen Gewerkschaftsorganisationen wurden von den Nazikommissaren aufgefordert, die Werbung von Zwangsarbeitern für Deutschland zu unterstützen. Sie haben das Ansinnen abgewiesen.

In Oslo verbreiten Arbeiter illegale Flugblätter gegen die von den Nazis eingesetzten Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentrale. "Wir brauchen kein Sekretariat, das nur Sprachrohr der Diktatur ist", heisst es in einem Flugblatt. "Wir wollen keine Beiträge zahlen, solange die Leitung die Beiträge nur für indirekte Nazipropaganda verwendet... Fort mit der uns aufgezwungenen Leitung".

("Norsk Tidend", London, veröffentlichte am 20. Dezember den Wortlaut des Osloer illegalen Flugblattes.)

### Norwegische Seeleutegewerkschaften helfen den Nazis nicht

(ITF) Die deutschen Besatzungsbehörden in Norwegen haben die Gewerkschaften der Seeleute und Schiffsoffiziere aufgefordert, ihre im Ausland befindlichen Mitglieder nach Norwegen zurückzurufen. Die Organisationen haben sich

geweigert, einen derartigen Aufruf zu veröffentlichen und sie sind bei ihrer Haltung geblieben, trotzdem die deutschen Behörden starken Druck ausübten und u.a. mit der Absetzung des Landesvorstands der Gewerkschaften drohten.

Da 30.000 norwegische Seeleute heute unter der Flagge des freien Norwegen fahren, können in der Küstenschiffahrt die Fahrzeuge kaum bemannt

werden. Die Besatzungsbehörden haben deshalb alle Seeleute gezwungen, sich bei den Arbeitsämtern zu melden und/erwerbslose Seeleute für die Küstenfahrt pressen lassen. Die Gepressten müssen sogar auf Versorgungsschiffen für die deutsche Besatzungsarmee fahren. / haben

Ein Seemann wurde ermordet (ITF) Im Stadtpark in Molde sah ein norwegischer Seemann einen deutschen Soldaten mit einem norwegischen Mädchen. Der Seemann machte ein paar bissige Bemerkungen. Der deutsche Soldat zog darauf sein Bajonett und erstach den Seemann. Dem Mörder in deutscher Uniform geschah nichts, berichtet das Osloer Blatt "Nationen". - Zur Beerdigung des Seemanns fanden sich 3.000 Personen zu einer stummen Protest-Demonstration zusammen.  
(Für die Red.: "Nationen", 17.XII.40.)

#### Hitlers weisse Kulis

Gefangenenurlaub (ITF) Einem Teil der zur Arbeit in Deutschland gezwungenen slowakischen Arbeiter wurde ein Weihnachtsurlaub bis zu 5 Wochen bewilligt. Um aber die Arbeiter zu veranlassen, sich schon früher wieder zur Arbeit für die Nazi-Kriegsmaschine einzufinden, erhielten die Urlauber nur für 14 Tage gültige Rückfahrkarten. Wer mehr als 2/5 des ihm zustehenden Urlaubs in Anspruch nehmen wollte, musste die Rückfahrkarte verfallen lassen und außerdem noch die Rückreise voll bezahlen.

Auch etwa 10.000 dänische Arbeiter dürften zu Weihnachten für einen kurzen Urlaub in ihre Heimat zurück. Einige Arbeiter berichteten am dänischen Rundfunk vorsichtig über ihre Erfahrungen in Deutschland. "Die meisten von uns arbeiten zehn Stunden und wenn wir nach Hause kommen, müssen wir unser Essen kochen", erzählte einer. Ein anderer berichtet, dass er im Dezember Zwölfstunden-Schichten machen musste, in den Junkers-Fabriken in Halberstadt im Harz war Elfstunden-Schicht üblich. Viele der Urlauber wollten nicht nach Deutschland zurück. Der Ansager erinnerte die Arbeiter daran, dass die dänische Regierung ihnen nicht helfen kann. "Wir wissen, dass die Arbeitsbedingungen in Deutschland schwerer sind als die dänischen Arbeiter sie sich vielleicht vorgestellt haben und sie können versucht sein, in der Heimat bleiben zu wollen. Aber wir erinnern Euch daran, dass Ihr versprochen habt, nach Deutschland zurückzukehren und es ist Eure Pflicht gegenüber Eurem Vaterland, das Versprechen zu halten".

"Wir müssen natürlich darauf verweisen, dass alle... nach Deutschland zurückkehren müssen".

(Für die Red.: Sender Kalundborg, 28.XII.40.)

Konzentrationslager in Oslo (ITF) Die Osloer Brauerei Ringnes ist von den deutschen Besatzungsbehörden zum Konzentrationslager eingerichtet worden.

Kein Weihnachten für Polen (ITF) Der Nazi-Treuhänder der Arbeit im Sudetengebiet hat den Unternehmern mitgeteilt, dass sie polnischen Arbeitern den Verdienstausfall an den Weihnachtstagen nicht ersetzen sollen. Es seien "deutsche Weihnachten", an denen Polen keinen Teil hätten.

Wer die Wahrheit sagt... (ITF) Ein achtundzwanzigjähriger Erdarbeiter aus der holländischen Grenzstadt Enschede war vom Arbeitsamt nach Deutschland verschickt worden. Nach fünf Wochen kehrte er zurück und erzählte beim Stempeln am Arbeitsamt über die Verpflegung in Deutschland. Er wurde zur Strafe für seine Offenherzigkeit auf acht Monate ins Gefängnis gesperrt.

Tschechische Arbeiter die aus ihrer Heimat in ein Arbeitslager an der Ostsee transportiert worden waren, haben dort Rundfunksendungen aus London gehört, die Sendungen miteinander besprochen und dann versucht, den Inhalt der Sendungen an der Arbeitsstelle auch unter deutschen Arbeitern zu verbreiten. Sie wurden vom Sondergericht Elbing zu 2 - 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. (ITF)

#### Polnische Arbeiter unterm Hakenkreuz

(ITF) Warschauer Arbeiter berichten:

Hunger - Zwangsarbeit und Hunger haben Hitlers Soldaten den Arbeitern Polens gebracht. Die Nazis haben zwar im Generalgouvernement Lebensmittelkarten ausgeben lassen und ihre Zeitungen teilen mit, welche Mengen auf

diese Karten jeweils zu haben sind. In der Regel sollen Polen 2/3 der Rationen erhalten, die Deutschen und Ukrainern zugewiesen werden. Den deutschen Läden werden die benötigten Lebensmittel zugeteilt, meist auch den ukrainischen Geschäften. Aber in den Läden, in denen Polen und Juden kaufen müssen, gibt es wochenlang weder die Fett- noch Fleischrationen, noch Eier und nur selten Zucker. Die Arbeiterfamilien leben von Kartoffeln und Kohl. Hin und wieder gelingt es ihnen, ein Pfund Salz oder Zucker zu bekommen oder 1/2 Liter Petroleum. Dann gehen Kinder und Frauen aufs Dorf zu den Bauern und tauschen diese Kostbarkeiten gegen Lebensmittel. Für Geld verkaufen die Bauern nichts, denn Geld, für das sie nichts kaufen können, ist für sie wertlos. Wenn die Polizei die Kinder bei der Heimkehr abfängt, nimmt sie ihnen die Lebensmittel ab und gibt sie dem nächstgelegenen deutschen Laden, der sie dann an gute Kunden kartenfrei verkaufen darf. Auf diese Art interessiert das System "Volksdeutsche" am Bespitzeln polnischer Arbeiterkinder und Arbeiterfrauen.

Seife wird Polen und Juden in der Regel nicht zugeteilt.

Nur 50 Pfund Kohlen erhalten Polen monatlich für jede Person des Haushalts. Juden erhalten Kohle nur über die jüdischen Gemeinden, die versuchen müssen, die ihnen zugewiesenen kleinen Mengen einigermaßen gerecht zu verteilen.

Kleidung und Wäsche gibt es nur auf Kleiderkarten. Jeder "Volksdeutsche" hat wenigstens seine Kleiderkarte, mit der er nur genau so wenig kaufen kann wie jeder Einwohner des Reichs. Den polnischen Gemeindeverwaltungen aber werden nur ganz wenige Kleiderkarten zur Ausgabe zugeteilt, für die Millionenstadt Warschau z.B. nur wenige Zehntausend. Vor den Kartenausgabestellen stehen Polen in bitterer Kälte Schlange und schimpfen auf die ohnmächtige Gemeindeverwaltung. In Deutschland ist der Verkauf alter Kleider erlaubt. Im Generalgouvernement wurden die Altkleiderhandlungen geschlossen, nur zu für die Arbeiter unerschwinglichen Phantasiepreisen kann man hintenherum noch Kleider erhalten. Ein Anzug kostet in Warschau heute im Schleichhandel 900 Zloty - ein Arbeiter verdient pro Tag aber nur 5 bis 8 Zloty!

Vor den Einfall deutscher Truppen kostete ein Anzug 100 bis 120 Zloty.

Arbeiter kriegswichtiger Betriebe können bei dringendem Bedarf eine Art Einheitskleidung durch Vermittlung der Fabrikverwaltung kaufen.

Lohndruck - Für die Lebensmittel sind Höchstpreise festgesetzt, weit über den Vorkriegsstand. Ein Kilo Brot kostet statt 28 Groschen jetzt 60 Groschen, Zucker kostet statt 1 Zloty jetzt 1,50 Zloty - im Schleichhandel kostet unraffiniertes gelber Rübenzucker 7,50 Zloty; Eier, die früher 6 bis 8 Groschen kosteten, kosten jetzt 13 Groschen das Stück. Im Durchschnitt sind die Lebenshaltungskosten um das Dreifache gestiegen; ein Arbeiter, der früher 50 Zloty wöchentlich hatte, müsste jetzt 150 Zloty verdienen, um in alter Weise weiterleben zu können; und die polnischen Arbeiter haben schon früher nur sehr bescheiden leben können. Unter Nazi-Herrschaft sind ihre knappen Löhne im besten Fall auf Vorkriegsstand geblieben, sehr häufig, trotz dieser Teuerung, sogar noch gesenkt worden. Den Strassenbahnern in Warschau und Krakau waren die Löhne zunächst um 25% gekürzt worden, jetzt werden ihnen grossmütig die alten durch Teuerung entwerteten Löhne gezahlt. Ein Warschauer Strassenbahner hat heute etwa 200 Zloty im Monat, den alten Lohn, der aber nur noch 70 Vorkriegs-Zloty wert ist.

In den Eisenbahnwerkstätten ist den Arbeitern der Lohn auf 5 Zloty pro Tag herabgesetzt worden. Der Kündigungsschutz wurde aufgehoben, die Arbeiter können jetzt täglich entlassen werden. Notstandsarbeiter erhalten bei öffentlichen Arbeiten nur 4 Zloty pro Tag.

Frauen und Kinder müssen mitarbeiten, damit sich die Arbeiterfamilie wenigstens notdürftig durchschlagen kann. Die Frauenarbeit hat daher verhältnismässig stark zugenommen. In der chemischen Industrie arbeiten jetzt zwölfjährige Kinder für ein paar Groschen.

Antreiberei - Die Unterernährten arbeiten langsamer. Die Nazis betrachten das als Sabotage und sie haben in vielen Betrieben ein Normalarbeitsmass festgesetzt, das in acht Stunden geschafft werden muss. Zugrundegelegt wurde auch für die Stundenlöhner die Arbeitsleistung eines Akkordarbeiters. Wer das Arbeitsmass nicht schafft, muss nacharbeiten, eine neunte oder zehnte Stunde, solange bis das vorgeschriebene Arbeitsmass aufgearbeitet ist. Die Nacharbeit wird nicht bezahlt.

#### Branka

Erwerbslose sind bei den Arbeitsämtern des Generalgouvernements nicht mehr registriert, jeder Pole scheut sich, zum Arbeitsamt zu gehen, weil er fürchtet, sofort nach Deutschland deportiert zu werden. Polen wollen

lieber in der Heimat hungern als als Sklaven in Deutschland arbeiten.

Die Nazibehörden wissen das. Von Zeit zu Zeit veranstalten sie deshalb Menschenjagden, um neue Arbeitssklaven nach Deutschland zu pressen. Ein neues Wort ist in Polen für dieses Sklavenjagen entstanden, ein furchtbares Wort, das in ganzen Städten Panik erzeugt: BRANKA +). Wenn deutsche Lokalbehörden den Auftrag erhalten, eine bestimmte Zahl Zwangsarbeiter zu liefern, beginnen sie mit der Registrierung der Erfassbaren. Dann beginnt die Branka. Streifen durchziehen die Strassen, durchsuchen die Häuser und nehmen jeden fest, der nicht nachweisen kann, dass er in kriegswichtiger Arbeit steht. Wenn bekannt wird, dass die örtlichen Behörden mit einer neuen Registrierung von Zwangsarbeitern begonnen haben, dass also eine neue Branka bevorsteht, verschwinden polnische Männer und Frauen, Burschen und Mädchen, flüchten zu Freunden ins Nachbardorf, in die nächste Stadt, in andere Wojewodschaften. Erst wenn sie erfahren, dass im Heimort das Pressen von Zwangsarbeitern beendet ist, kehren sie zurück - bis eine neue Branka sie aufscheucht und sie von neuem mit dem Strom der Flüchtenden von Ort zu Ort, von Kreis zu Kreis, von Wojewodschaft zu Wojewodschaft wandern.

Widerstand - Einige Geistliche haben von der Kanzel aus Arbeiter aufgefordert, sich der deutschen Forderung zu fügen und freiwillig nach Deutschland zu gehen. Ein Sturm der Entrüstung hat sie zum Schweigen gebracht.

Grossgrundbesitzer wurden von den Nazis zusammengerufen, Naziredner sagten ihnen, es dürfe nie wieder einen polnischen Staat geben, sie hätten nur die Wahl zwischen deutscher und russischer Herrschaft. Unter dem Hakenkreuz könnten sie auf ihren Gütern bleiben, unter bolschewistischer Herrschaft würden sie ihre Güter verlieren. Im eigenen Interesse sollten sie sich mit den Nazibehörden gut stellen...

Massenwiderstand der Arbeiter und Bauern ist heute in Polen noch nicht möglich. Nur gelegentlich kommt es zu Verzweiflungsausbrüchen. So kam es bei Zamość und im Landkreis Lublin zu Widerstandsbewegungen gegen die Branka, Arbeiter der Ziegeleien bei Warschau haben regelmässige Lebensmittelversorgung verlangt, Warschauer Kommunalarbeiter streikten gegen Lohndruck. Die Streikführer wurden verhaftet. Wenn in einem Dorf oder in einer Stadt Sabotageakte entdeckt werden, wird der ganze Ort schwer bestraft.

Noch hält der Terror die Versklavten nieder. Aber die deutschen Behörden können nicht verhindern, dass die Bauern zu wenig Produkte abliefern, dass die Arbeiter versuchen, wo immer möglich langsam und schlecht zu arbeiten. Ein illegaler Nachrichtendienst besonderer Art überspannt das Land, hält die Unterdrückten zusammen und verbindet die Zellen des kommenden Widerstandes.

Die deutschen Besatzungstruppen sollen den kommenden Gefahren vorbeugen. Doch viele Soldaten freundeten sich nach einiger Zeit mit Polen an, manche helfen ihnen. Die deutschen Behörden sahen sich gezwungen, die Besatzung häufiger auszuwechseln, denn sie wissen, was in Polen geschehen wird, wenn der Terrorapparat versagt.

(Für die Red.: Der Bericht stammt aus der zweiten September-Hälfte. Vgl. auch den Bericht in der Ausgabe vom 14.XII.40.)

### Auflösung der holländischen Arbeiter-Radio-Organisation

(ITF) Die deutschen Behörden in Holland hatten im Sommer die Arbeiter-Radio-Organisation VARA zunächst unter Kontrolle holländischer Nazis weiterarbeiten lassen. Am 1. Januar 1941 aber wurde ein holländischer Nazi beauftragt, die Arbeiter-Radio-Organisation mit den 4 anderen Radio-Organisationen zusammenzulegen. Das Programm der holländischen Sender wird jetzt offiziell vom dem neu errichteten Haager Propagandaministerium zusammengestellt - erfreulicherweise wird der gute Name des Arbeiter-Radiobundes nicht mehr für gleichgeschaltete Propaganda missbraucht.

(Für die Red.: Verordnungsblatt vom 27.XII.40.)

### Sportlerstreik in Norwegen

(ITF) Die Nazibehörden haben (am 23.XI.40) den norwegischen Arbeitersportbund und den Norwegischen Sportverband aufgelöst und Vermögen und Archive beider Organisationen beschlagnahmt. Die Sportler wurden aufgefordert, sich einer von Nazis geleiteten neuen staatlichen Sportorganisation anzuschliessen. Die Aufforderung hatte keinen Erfolg. Das Sportleben stagniert, internationale Wettkämpfe mussten abgesagt werden, die Zeitungen haben die Sportberichterstattung eingestellt.

+ ) von branie, d.h. Nehmen.

Die Unruhe unter den slowakischen Arbeitern

nicht den Behörden viel zu schaffen. Der Innenminister Samo Mach fuhr jetzt wieder in die Metallarbeiterstadt Podbrezová um die Arbeiter der staatlichen Hüttenwerke zu beschwichtigen. Er appellierte an die "Disziplin der Arbeiter", gab aber zu, dass "auf sozialem Gebiet Mängel vorhanden" sind, die behoben werden müssten und versprach, dass eines Tages "alle berechtigten Forderungen des slowakischen arbeitenden Volkes erfüllt würden". - Den Arbeitern sind Taten wichtiger als Versprechungen. (ITF)

(Für die Red.: Rede vom 19.XII.40. Vgl. Handlová, "Faschismus" 16.XI.40)

Winterhilfsgelder - für die Parteikasse

(ITF) Nach Berliner Muster hatte die slowakische Marionettenregierung vor einem Jahre Winterhilfssammlungen organisiert, angeblich für zusätzliche Hilfe für Erwerbslose. 14,3 Millionen Kronen sollen gesammelt worden sein, fast 6 Kronen pro Einwohner. 6 Kronen sind mehr als ein Tagelohn für viele slowakische Arbeiter.

Das gesammelte Geld wurde aber nicht wie versprochen für zusätzliche Winterhilfs-Unterstützung verwandt. Ein erheblicher Teil des Geldes floss auf Umwegen der faschistischen Hlinka-Partei zu. Die Staatskasse beschlagnahmte Winterhilfsgelder für Wohnungsbau und konnte das ersparte Geld für die Hlinka-Partei verwenden.

In diesem Jahre freuten sich die Hlinka-Faschisten begreiflicherweise über die Eröffnung der Winterhilfssammlungen.

(Für die Red.: Rede des slowakischen Präsidenten Tiso vom 2.XI.40.)

Strassenfegergebühr als "Geist der Volksgemeinschaft"

(ITF) Eines Tages wird sich Adolf Hitler erheben, den kleinen Schluck Bier trinken, den er sich zum Anfeuchten seiner Kehle leistet und erzählen, dass das deutsche Volk mit unvorstellbarem Opfersinn regelmässig die Strassenfegergebühr bezahlt. Immer wieder erzählt er das heute von der Winterhilfe. Dass Millionenbeträge für die Winterhilfe zukämen, sei nur das Ergebnis der Nazi-Erziehung zum Opfersinn. Das Winterhilfswerk sei die "grossartigste soziale Hilfseinrichtung, die es überhaupt auf Erden gibt", hat er bei der Eröffnung der jetzigen Sammelei erklärt. "Es ist der Geist unserer Volksgemeinschaft".- "Wir hätten auf dem Steuerwege das (Sammelergebnis) ohne weiteres hereinbringen können. Es wäre nicht nötig gewesen, diese riesige Organisation aufzubauen".- "Es sind 2, die ihr Opfer bringen, der eine, der das Opfer bringt, der andere, der das Opfer nun verwaltet".

Die Gestapo weiss, dass sehr viele Deutsche die riesige Winterhilfswerk-Bürokratie und ihr für sie so einträgliches Verwalten der erpressten "Opfer" mit grossem Misstrauen betrachten und ihr nur widerstrebend den geforderten Beitrag zahlen. Das Wochenblatt des Gestapo-Chefs, "Das Schwarze Korps", schreibt offen: "Zur Winterhilfe zahlt man seinen Obolus, wie man mit bürokratisierter Selbstverständlichkeit den Rundfunk und den Gasman bezahlt. Das ist kaum noch eine Spende, geschweige denn noch ein Opfer, das ist eine monatliche Abgabe wie die Strassenfegergebühr"

- ein Protest gegen den Nazi-Volksgemeinschaft-Schwindel.

(Für die Red.: Hitlerrede, 4.IX.40; "Das Schwarze Korps", Nr. 49 vom 3.XII.40.)

Unternehmer lassen die Maske fallen

(ITF) Viele deutsche Unternehmer haben den Familien eingezogener Arbeiter kleine Unterstützungen gezahlt. Bei der Auszahlung dieser Unterstützungen liessen sie immer salbungsvoll von Nazi-"Volksgemeinschaft" reden. Als aber mit Winterbeginn die Armee Facharbeitern nur unter der Bedingung Arbeitsurlaub gab, dass die beurlaubten Arbeiter in von der Armee bestimmten kriegswichtigen Betrieben arbeiten, gaben die Unternehmer offen zu, dass sie die Unterstützungen nicht zahlten, um in Not geratenen "Volksgenossen" zu helfen, sondern um die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Den Zahlungen lag weitgehend "das Bestreben zugrunde, sich die Arbeitskraft nach Kriegsende zu sichern", schreibt die "Kölnische Zeitung". Und vor allem "rechnet der Unternehmer grundsätzlich damit, dass der von ihm Unterstützte, wenn er einmal Arbeitsurlaub erhält, in den (alten) Betrieb zurückkehrt".

Viele Unternehmer haben die Auszahlung der Unterstützungen an Soldatenfamilien sofort eingestellt, als sie sahen, dass "i h r e" Arbeiter in andere Betriebe geschickt wurden.

(Für die Red.: "Kölnische Zeitung", 16.XI.40.)

Deutsche Soldaten bleiben  
Betriebssklaven

(ITF) Bei Kriegsbeginn hat die Nazidiktatur den deutschen Unternehmern garantiert, dass jeder Soldat später in den alten Betrieb zurück müsse. Das Arbeitsverhältnis besteht auch bei Heeresdienst fort und zunächst durfte kein Soldat ohne Zustimmung des Arbeitsamts kündigen. Die Soldaten haben gegen diesen Arbeitszwang heftig protestiert und im Herbst den Nazis eine Konzession abgezwungen. Der "Angriff" berichtete: "Da nicht jeder Soldat auf den alten Arbeitsplatz zurückkehren will, wurde (am 18.IX.) bestimmt, dass der zur Wehrmacht eingerückte Gefolgsmann sein Arbeitsverhältnis kündigen darf", u.z. ohne Genehmigung des Arbeitsamts. Da sehr viele Soldaten von diesem Recht Gebrauch machten, beschwerten sich die Unternehmer bei ihrem Arbeitsminister, und sie setzten durch, dass (am 12.XII.) den Soldaten wieder verboten wurde, ohne Genehmigung des Arbeitsamts zu kündigen.

Welch entwürdigende Formen die Betriebssklaverei in Deutschland angenommen hat, erleben auf Arbeitsurlaub entlassene deutsche Soldaten. Bevor sie zur Armee gehen, müssen sie ihr Arbeitsbuch dem Unternehmer geben. Da ohne Arbeitsbuch niemand in Deutschland arbeiten kann, hat der Unternehmer damit die Kontrolle, dass "sein" Arbeiter ihm nicht fortläuft. Wenn nun ein Arbeitsurlauber vorübergehend in einem anderen Betrieb arbeiten muss, so leiht der Stammbetrieb das Arbeitsbuch der Personalabteilung des Urlaubsbetriebs nur zur Eintragung der Art und des Beginns der Arbeit aus. Dann muss das Arbeitsbuch an den Stammbetrieb zurückgeschickt werden und es wird nur zum Ende des Arbeitsurlaubs noch einmal dem Urlaubsbetrieb geliehen, damit auch das Ende der Arbeit eingetragen werden kann. Dann erhält der Stammbetrieb das Arbeitsbuch zurück - der Soldat darf seinen Arbeits-Steckbrief überhaupt nicht in die Hand bekommen.

(Für die Red.: "Angriff", Nr. 306 und 307 vom 19. und 20.XII.40.)

Nazis bestrafen Lohnerhöhungen

(ITF) Hamburg wird häufig bombardiert, die Hamburger Bauarbeiter, die nicht eingezogen wurden, haben viel zu tun. Viele Bauarbeiter versuchen, Teuerungszulagen durchzudrücken. Unternehmer, die eilige Arbeiten übernommen haben, geben ihnen nach. Doch die Nazibehörden bestrafen jeden Unternehmer, dem sie nachweisen können, dass er Teuerungszulagen bewilligte und sie veröffentlichten die Bestrafung zur Einschüchterung in der Nazi-Presse. So gibt der Hamburger Reichstreuhänder der Arbeit in seinen "Amtlichen Mitteilungen" bekannt, "dass der Unternehmer P. wegen eigenmächtiger Erhöhung der Löhne seiner Gefolgschaftsmitglieder mit einer Ordnungsstrafe von 130 RM belegt worden ist". Ein anderer Bauunternehmer, der 8 ledigen Bauarbeitern den nur Verheirateten zustehenden Volllohn zahlte, musste gar 300 RM bezahlen.

Jetzt wurden 4.000 holländische Bauarbeiter und eine grössere Zahl dänischer Arbeiter als Lohndrücker nach Hamburg transportiert.

(Für die Red.: Amtliche Mitteilungen des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark, vom 1.X. und 5.XI.40.)

Nazis kürzen die Löhne  
aller jüdischen Arbeiter

(ITF) Bisher hatten die jüdischen Arbeiter und Angestellten in Deutschland auf dem Papier das Recht auf Auszahlung des vollen Tariflohnes. Doch seit dem 1. Januar wird allen jüdischen Arbeitern und Angestellten in Deutschland genau wie den polnischen Arbeitern und Angestellten der Lohn um eine 15%ige "Sozialausgleichsabgabe" gekürzt. Sie müssen jede Stunde 9 Minuten unentgeltlich für Hitlers Krieg arbeiten.

(Für die Red.: Sozialausgleichsabgabe, "Faschismus", 2.XI.; jüdische Arbeiter, "Faschismus", 13.VII.40.)

Blut und Sekt

(ITF) Aus München, dem Zentrum der Nazi-Bonzo-Kratie, berichten die "Neuesten Nachrichten" wie die Nazi-Bonzen, Kriegsgewinnler und die andern Vorkämpfer der vielgepriesenen Nazi-"Volksgemeinschaft" in einer Zeit ständig wachsender Massennot leben. "Die deutsche Schaumweinindustrie konnte 1937/38 ihren Umsatz beträchtlich erhöhen und Höchstabsatzziffern erreichen. Auch 1939 soll der Umsatz nach zuverlässigen Schätzungen nochmals um 10% gestiegen sein... 1940 ist die Nachfrage nach Schaumwein weiter sehr lebhaft gewesen". Leider sei wegen der Einberufung vieler Arbeiter und wegen Korken- und Flaschenmangel der Sekturnsatz mengenmässig leicht zurückgegangen. Der Gewinn der Sektfirmen sei aber trotzdem gestiegen. Eine der führenden deutschen Sektfirmen berichtete schon vom "Uebergang (der Sektliebhaber) zu teureren Marken" und betont, es seien die "Aussichten der Schaumweinindustrie auch später günstig".

(Für die Red.: "Münchner Neueste Nachrichten", 12.XII.40.)



Kinderäusbeutung in Deutschland (ITF) Es gibt in Deutschland ein Kinderschutzgesetz, aber es steht nur auf dem Papier. Die Gewerbeaufsichtsbehörden, die für seine Einhaltung sorgen sollen, erleichtern seine Uebertretung. Sie stellen den Unternehmern bereitwillig Kinder als billige Arbeitskräfte zur Verfügung. Das deutsche Arbeitsministerium berichtet, dass "Gewerbeaufsichtsämter die Genehmigung zur Einstellung von Kindern erteilt haben, ohne dass die Einstellung arbeitseinsatzmässig notwendig oder erwünscht war".

(Für die Red.: Rundschreiben des Arbeitsministers Va 6410/75 vom 30.VIII; vgl. "Faschismus" 18.II.39.)

Schwindel mit dem "Volksauto" (ITF) Anfang 1938 kamen die Nazis auf die Idee, einen Kriegsbetrieb ausschliesslich mit Arbeitergroschen zu errichten. Hitler hielt plötzlich eine gefühlvolle Rede über das Recht des deutschen Arbeiters, im Auto zu fahren und er kündigte den Bau eines grossen Werks an, das für Arbeiter erschwingliche Volksautos bauen sollte. Seit dem 1. August 1938 wird vielen im öffentlichen Dienst stehenden deutschen Beamten, Angestellten und Arbeitern monatlich Geld für eine Volksauto-Sparmarke abgezogen. Hitler, Ley und einige andere Nazi-Bonzen haben bereits ein Volksauto erhalten - sie haben keinen Pfennig dafür bezahlt, sie haben es sich schenken lassen. Aber kein einziger Volksautosparer hat bisher ein Auto erhalten. Die Volksautowerke arbeiten für die Armee.-Zur Enttäuschung der Nazis sind nicht allzu viele Arbeiter auf den Volksautoschwindel hereingefallen, aber immerhin haben einige Zehntausend Arbeiter Autosparmarken geklebt. Ihnen teilt das "Nationalsozialistische Kraftfahrer-Korps" jetzt mit, dass sie an der Nase herangeführt wurden. Selbst wenn das Nazi-System seinen Krieg überdauern würde, würden sie noch lange ihr Auto nicht erhalten.

Redner der Deutschen Arbeitsfront fordern die deutschen Arbeiter zwar noch immer auf, ein Sparkonto für ein Volksauto zu nehmen. Das Volksautowerk arbeite jetzt für die Armee, aber sofort nach dem Kriege würden Volksautos am laufenden Band fabriziert. Dr. Ley versprach jetzt, dass jährlich 3 Millionen "Volksautos" geliefert werden könnten! Das "NS-Kraftfahrer-Korps" aber, dessen Präsident eine Art Diktator für die Autoproduktion ist, erzählt etwas ganz anderes. "Wer erhält (nach dem Kriege) zunächst ein Fahrzeug?" fragt es in seiner Zeitschrift. Zunächst natürlich die Herrenfahrer. "Alle die Autobesitzer, die ein Kraftfahrzeug zu Kriegsbeginn abgegeben haben... Viele Volksgenossen haben nun schon während des Krieges vorsorglich Bestellungen bei den Fabriken aufgegeben, in der Erwartung, dass, wer zuerst kauft, auch zuerst beliefert wird". Sie können lange warten. "Allein die Frage ist entscheidend, bei wem das grösste Bedürfnis vorliegt. Das "NS-Kraftfahrer-Korps" wird sich jedenfalls dafür einsetzen, dass... wem die Dringlichkeit des Bedarfs nicht zuerkannt werden kann... wird warten müssen".

So würde es mit dem Volksauto werden wie mit dem andern Versprechungen Adolf Hitlers.

(Leys Rede auf dem Jahresappell der Deutschen Arbeitsfront Berlin, erste Dezember-Woche; NSKK-Mann: nach "Kölnische Zeitung", 20.XII.40.)

Grossgrundbesitzer für Nazis (ITF) Grossgrundbesitzer Dänemarks haben eine Organisation zur Unterstützung der dänischen Nazis gegründet. Aber gleichzeitig setzen viele dänischen Kleinbauernorganisationen Funktionäre ab, die mit den Nazis gemeine Sache machen.

94.400 holländische Zwangsarbeiter wurden (bis Mitte Dezember 1940) nach Deutschland transportiert, berichtet der "Nieuwe Rotterdamsche Courant". (ITF)

(Wir bitten die Angabe auf S. 1 dieser Ausgabe entsprechend zu berichtigen. - "Nieuwe Rotterdamsche Courant", 17.XII.40.)

---

Auf Seite 3 ist in der 6. Zeile zu lesen: "12.XII. (Dezember) 1940".

Am Radio abgehört

haben wir u.a.:

Eine Arbeiterin bricht zusammen

(ITF) Seit einiger Zeit ist um 19 Uhr deutsche Sommerzeit auf Welle 31,2 m ein deutschsprachiger "Sender der Europäischen Revolution" zu hören. Seine Berichte und seine Kritik am Nazi-System werden von deutschen Stationen systematisch gestört. Auch der Bericht über die Vorgänge in der Waggonfabrik in Wiener Neustadt war teilweise nicht zu verstehen. Wir können ihn daher nur verkürzt wiedergeben: Die grossen Waggonbau-Werke in Wiener Neustadt stellen jetzt Eisenbahn-Tankwagen her, zum Oeltransport aus Rumänien.

In einer der Werkshallen der Waggonbauwerke Wiener Neustadt brach am 13.(?) Dezember eine Arbeiterin zusammen. Es war weiss Gott nicht zum erstenmal, dass im Betrieb verheiratete Frauen oder Mädchen während der Arbeit zusammengebrochen sind und in den Sanitätsraum getragen werden mussten.

Aber diesmal war es anders. Obwohl Sanitäter zur Stelle waren, liess sich die zusammengebrochene Frau von niemanden anrühren. Sie lag da, wimmernd und zuckend, auf dem öligen Zementboden und wälzte sich mit schmerzverzerrtem Gesicht hin und her. Hilfsbereite Kollegen wollten ihr einen Schluck Wasser reichen. Andere liefen um eine Wolldecke zu holen. Alles gute Zureden, dass sie sich doch in die Sanitätsstube tragen lassen sollte, half nichts, es wurde nur mit Stöhnen und wilden abwehrenden Gesten beantwortet.

Schliesslich mischte sich einer der aufsichtführenden Ingenieure ein, der die Kollegen barsch an ihre Arbeitsplätze beorderte und, allen Umstehenden hörbar, die zusammengebrochene Frau anfuhr: - Sie solle sich gefälligst nicht so anstellen und nicht so einen Wirbel machen, dass der ganze Betrieb ausser Rand und Band gerät.

Das ganze war nur eine Angelegenheit von wenigen Minuten und während der Ingenieur noch polterte und die Sanitäter untätig herumstanden, erschien schliesslich der herbeitelephonierte Betriebsarzt und liess die sich wehrende und schreiende Frau davontragen. Im ganzen Saal stand die Arbeit still. Die Erregung der Arbeiter und Arbeiterinnen machte sich Luft in wilden Diskussionen. Gerade als sich die Stimmung etwas zu beruhigen schien, brachte einer der freiwilligen Sanitäter die Nachricht zurück: der Arzt habe festgestellt, dass die zusammengebrochene Kollegin soeben eine Fehlgeburt hatte.

Darauf brach die Erregung von neuem los. Nur noch stärker als vorher. Einige Frauen stellten ihre Maschinen ab. Aus anderen Sälen und Abteilungen kamen Kollegen herüber, die hören wollten, was eigentlich los war. Nach wenigen Minuten herrschte ein erregtes Durcheinander. Aufgespeicherte Wut brach los gegen die masslose Ausbeutung, gegen das Hetztempo, gegen die endlose Arbeitszeit, gegen die Betriebsleitung, gegen den Krieg, gegen alles. Spontan bildeten sich Gruppen, die bei der Betriebsleitung protestieren wollten. Da aber niemand recht wusste, was zu tun war, kam es zu keiner organisierten Protestdelegation - sondern nur zu einem allgemeinen Hin- und Herlaufen und Diskutieren. Der ganze Betrieb schien plötzlich in Aufruhr, der sich noch weiter steigerte, als bekannt wurde, dass die Betriebsleitung nach einem Ueberfallkommando der Polizei telephonierte hatte.

Am nächsten Tag, am Sonnabend, ging durch den Betrieb die Nachricht, dass die unglückliche Kollegin in der vergangenen Nacht gestorben war. Die offene Erregung war zwar vorüber - aber im ganzen Werk wuchs die Erbitterung und Spannung. Was sollte geschehen? Was konnte man tun?

Am Montag erschienen 200 Arbeiter, darunter 75 Frauen, nicht zur Arbeit. Die Polizei trat sofort in Aktion und fand die Mehrzahl der fehlenden Arbeiter zu Haus in ihren Betten unter dem Vorwand, dass sie krank und arbeitsunfähig seien. Eine nicht genau bekannte Anzahl von Kollegen wurde sofort verhaftet. Niemand weiss, was mit ihnen geschehen ist. Nicht einmal die Familie. Denn die Polizei verweigert jede Auskunft. Inzwischen hat die Betriebsleitung der Waggonbauwerke auf den Dächern von mehreren Werkshallen Maschinengewehrposten aufstellen lassen.

Seither hat sich die Stimmung im Betrieb nicht verändert. Es ist wie ein Kessel unter Hochdruck und man hat dauernd das Gefühl - wann wird das platzen? Der ganze Vorfall ist zum Stadtgespräch von Wiener Neustadt geworden. Seit Montag sind in der Stadt illegale Flugblätter verteilt worden gegen die Arbeitsbedingungen und die Schinderei in den Waggonbauwerken die heute ebenso wie in allen kriegswichtigen Betrieben des Dritten Reiches ein nie gekanntes Ausmass erreicht haben. -

Weitere Berichte über die Vorgänge in Wiener Neustadt haben wir nicht auffangen können.